

E i n l a d u n g

Gremium: Rat - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 15.12.2009, 17:00 Uhr
Ort, Raum: Gut Wahnbek, An der Bäke 39, 26180 Rastede

Rastede, den 03.12.2009

1. An die Mitglieder des Rates der Gemeinde Rastede

Hiermit lade ich Sie zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|--------------|---|---|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| TOP 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | |
| TOP 3 | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 23.06.2009 | |
| TOP 4 | Vertreter/in im Aufsichtsrat der Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft
Vorlage: 2009/179 | Berichterstatter: Herr Steinhausen |
| TOP 5 | B-Plan 91 Schulsportanlage Feldbreite
Vorlage: 2009/143 | Berichterstatter: Herr Zörgiebel |
| TOP 6 | Bebauungsplan 63 B - 3. Änderung
Vorlage: 2009/220 | Berichterstatter: Herr Zörgiebel |
| TOP 7 | Bebauungsplan 79 C - Südlich Schlosspark
Vorlage: 2009/221
- Vorlage wird nachgereicht - | Berichterstatter: Herr Zörgiebel |
| TOP 8 | 43. Flächennutzungsplanänderung - Gewerbegebiet Leuchtenburg III
Vorlage: 2009/218
- Vorlage wird nachgereicht - | Berichterstatter: Herr Zörgiebel |
| TOP 9 | Bebauungsplan Nr. 59 - Gewerbegebiet Leuchtenburg III
Vorlage: 2009/219
- Vorlage wird nachgereicht - | Berichterstatter: Herr Zörgiebel |

- Anmerkung: Nach der öffentlichen Ratssitzung findet eine Einwohnerfragestunde statt, in der die Bürgerinnen und Bürger allgemeine Anfragen an den Bürgermeister stellen können.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Decker
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/179

freigegeben am 30.09.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Günther Henkel

Datum: 30.09.2009

Vertreter/in im Aufsichtsrat der Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	27.10.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

Herr Bürgermeister Decker wird als Mitglied in den Aufsichtsrat der Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft entsandt.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß dem Gesellschaftsvertrag der Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft mbH werden die Aufsichtsratsmitglieder von der Gesellschafterversammlung jeweils für drei Jahre bestellt. Jedes Gesellschaftsmitglied, also auch die Gemeinde Rastede, verfügt über einen Aufsichtsratssitz. Bis zum heutigen Tage hin wurde als Vertreter im Aufsichtsrat immer der jeweils amtierende hauptamtliche Verwaltungsbeamte gewählt, zuletzt in der Sitzung des Rates am 07.11.2006.

Bereits an dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass ein Vertreter nicht gewählt wird, da dies den Regelungen des GmbH-Gesetzes widersprechen würde.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/143

freigegeben am 13.08.2009

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 13.08.2009**B-Plan 91 Schulsportanlage Feldbreite****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	31.08.2009	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	08.09.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 13 Absatz 2 und 3 Satz1 Baugesetzbuch (BauGB) eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 23.06.2009 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht durchzuführen.
4. Der Flächennutzungsplan wird gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der redaktionellen Änderung angepasst.
5. Der Bebauungsplan Nr. 91 – Schulsportfläche Feldbreite nebst Begründung wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die Gemeinde Rastede stellt für den Bereich westlich der geplanten Gemeinbedarfsnutzung an der Feldbreite und südlich der Grundschule Feldbreite in der Ortschaft Rastede den Bebauungsplan Nr. 91 „Schulsportfläche Feldbreite“ auf. Der vorliegende Entwurf des Bebauungsplanes 91 zielt auf die bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Angebots an zentral-örtliche Einrichtungen.

Vorgesehen ist ein Schulsportplatz mit der Möglichkeit der Vereinsnutzung durch Leichtathleten. Zu diesem Zweck wird im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 91 die Festsetzung einer Gemeinbedarfsfläche für sportliche Zwecken dienenden Gebäuden und Einrichtungen

verfolgt. Zur Abrundung der vorhandenen Wohnbebauung werden die straßenseitigen Flächen nördlich des Buschweges als allgemeines Wohngebiet (WA) mit Grundflächenzahl 0,4 und eingeschossiger Bauweise festgesetzt.

Die Aufstellung dieses Planes dient der Innenentwicklung und wurde im vereinfachten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt. Ein Umweltbericht und die Änderung des Flächennutzungsplanes waren mithin entbehrlich. Die Überarbeitung des Flächennutzungsplanes muss zu einem späteren Zeitpunkt lediglich redaktionell erfolgen.

Wesentliche Anregungen und Bedenken haben sich im Übrigen nicht ergeben.

Das beauftragte Planungsbüro Diekmann & Mosebach hat den in der Anlage beigefügten Entwurf erarbeitet und wird in der Sitzung weitere Ausführungen machen.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Abwägungsvorschlag
2. Planzeichnung mit textlichen Hinweisen
3. Begründung

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/220

freigegeben am 25.11.2009

GB 3

Sachbearbeiter/in:

Datum: 24.11.2009

Bebauungsplan 63 B - 3. Änderung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	14.12.2009	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	15.12.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 14.12.2009 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die dritte Änderung des Bebauungsplanes 63 B – Ortszentrum Wahnbek nebst Begründung wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.
4. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht vorzunehmen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 29.09.2009 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2009/156).

Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange fanden in der Zeit vom 22.10.2009 bis 23.11.2009 statt. Im Rahmen der Auslegung wurden keine wesentlichen Stellungnahmen vorgebracht. Eine frühzeitige Bürgerbeteiligung war aufgrund des vereinfachten Verfahrens gemäß § 13 Abs. 2 BauGB entbehrlich. Nunmehr kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro NWP gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 15.09.09 VA 29.09.09		22.10.09-23.11.09	Rat 15.12. 2009

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Abwägungsvorschlag der öffentlichen Auslegung und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange.
2. Begründung.

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2009/180**

freigegeben am 01.10.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Günther Henkel

Datum: 01.10.2009**Festsetzung der Verkaufspreise für gemeindeeigene Flächen Ecke
Bachstraße / Haydnstraße****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	27.10.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Der Verkaufspreis für Wohnbauflächen Ecke Bachstraße / Haydnstraße wird auf 64,23 EUR je qm festgesetzt.
2. Der Ablösungsbetrag für die nach der Erschließungsbeitragssatzung ermittelten voraussichtlichen Erschließungsbeiträge wird auf 17,67 EUR festgesetzt.
3. Die Abwasserbeiträge betragen entsprechend den Bestimmungen der Abwasserbeitragssatzung
 - a) für den Schmutzwasserkanal 2,57 EUR pro qm
 - b) für den Regenwasserkanal 0,53 EUR pro qm

zuzüglich der tatsächlich entstandenen Kosten für die Hausanschlusschächte

- a) für den Schmutzwasserschacht 600,00 EUR
- b) für den Regenwasserschacht 600,00 EUR.

Sach- und Rechtslage:

Der Rat hat in seiner Sitzung am 23.06.2009 die erste Änderung des Bebauungsplanes Nr. 50 – Schützenhofstraße als Satzung beschlossen. Durch diese Bebauungsplanänderung ist der Bereich, der ehemals als Fußball-/Freizeitplatz genutzt worden ist, jetzt für Wohnbauzwecke umgewidmet worden. Die Größe beträgt insgesamt 1.815 qm, die nach den Vorstellungen des Rates und den Verkaufsabsichten zu einer Baumöglichkeit für zwei Grundstücke führen wird.

Eine Berücksichtigung von Erschließungsaufwendungen vergleichbar mit anderen Bauleitplänen ist hier aufgrund des Flächenumfanges nicht möglich, weil Erschließungsanlagen in dem sonst bei Neubaugebieten üblichen Umfang nicht anfallen.

Es wurde deshalb die Kostendarstellung des Bebauungsplanes Nr. 75 – Im Göhlen herangezogen; durch die Erschließungsarbeiten im 3. Bauabschnitt – Bereich ehemalige Kleingartenfläche – kann ein aktueller Wert, soweit nicht ohnehin durch Beitragssatzung im Abwasser-/Oberflächenwasserbereich bestimmt, erreicht werden.

Nach § 97 Nds. Gemeindeordnung dürfen Vermögenswerte der Gemeinde nur zum vollen Wert veräußert werden. Maßgeblicher Anhaltspunkt ist insoweit der Bodenrichtwert, der in diesem Bereich aktuell bei 85,00 EUR je qm liegt. Unter Berücksichtigung der vorgenannten Werte ergibt sich eine entsprechende Aufteilung auf den Verkaufspreis bzw. die sonstigen Kosten, wie im Beschlussvorschlag dargestellt.

Finanzielle Auswirkungen:

Bei Verkauf der Grundstücke ergeben sich insgesamt Erträge in Höhe von 154.275,00 EUR.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/056A

freigegeben am 30.09.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Günther Henkel

Datum: 30.09.2009

Entwicklung Sozialstation gGmbH

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

15.12.2009

Gremium

Rat

Beschlussvorschlag:

1. Der Geschäftsanteil der Gemeinde Rastede an der Sozialstation Rastede gGmbH (im Folgenden: Sozialstation Rastede) zum Nennbetrag von 50.000 DM wird in zwei Teilgeschäftsanteile zum Nennbetrag von jeweils 25.500 DM und zum Nennbetrag von 24.500 DM geteilt.
2. Die Gemeinde Rastede stimmt der widerruflichen Schenkung und der unentgeltlichen Abtretung des Teilgeschäftsanteiles zum Nennbetrag von 25.500 DM an die Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland gGmbH (im Folgenden: Sozialstation Nordenham) unwiderruflich zu mit der Maßgabe, dass die Gemeinde Rastede nach der Abtretung mit einem Geschäftsanteil zum Nennbetrag von 24.500 DM und die Sozialstation Nordenham mit einem Geschäftsanteil zum Nennbetrag von 25.500 DM an der Sozialstation Rastede beteiligt sein sollen.

Sach- und Rechtslage:

Der Inhalt dieser Vorlage bezieht sich auf die Ausführungen in der Vorlage 2009/056. Diese A-Vorlage soll lediglich den zwischenzeitlichen Werdegang in der Angelegenheit verdeutlichen.

Auf der Grundlage des Beschlusses vom 21.04.2009 mit dem oben genannten Beschlussvorschlag ist die Kommunalaufsicht des Landkreises Ammerland sowie des Landkreises Wesermarsch beteiligt worden. Insbesondere die Kommunalaufsicht des Landkreises Ammerland hatte Klärungsbedarf, der allerdings vollumfänglich bis zur Sommerpause befriedigt werden konnte.

Problematisch gestaltete sich im Anschluss daran das verbindliche Auskunftsverfahren bei den Finanzbehörden. Diese haben offensichtlich in Änderung ihrer eigenen Praxis das ver-

bindliche Auskunftsverfahren mit dem Hinweis beschieden, dass keine klärungsbedürftigen steuerrechtlichen Fragen auftreten. Die Treuhand Oldenburg als beauftragte Stelle für die Durchführung dieses Verfahrens ist – gleichwohl über die Vorgehensweise der Finanzbehörden verwundert - diesem Hinweis der Finanzbehörde mit dem ihrerseitigen Hinweis begegnet, dass steuerrechtliche Probleme hinsichtlich der Bildung des Organschaftsverhältnisses zwischen beiden Sozialstationen nicht bestehen. Nach intensiven Gesprächen zwischen allen Beteiligten ist daher jetzt davon auszugehen, dass das Organschaftsverhältnis auf der Grundlage der bereits im Frühjahr d. J. gefassten Beschlussempfehlung vollzogen werden kann.

Die Gesellschafter der Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland haben bereits entsprechende Beschlüsse gefasst bzw. werden diese bis zum 17.12.2009 gefasst haben.

Finanzielle Auswirkungen:

Für die Gemeinde direkt keine; für die Sozialstation gGmbH ergibt sich eine Einsparung der ansonsten im Wege der Umsatzsteuer zu zahlenden Aufwendungen durch die Gestellung von Personaldienstleistungen seitens der Sozialstation Nordenham.

Anlagen:

1. Entwurf der Übergabeerklärung der Geschäftsanteile der Sozialstation Rastede
2. Entwurf des geänderten Gesellschaftsvertrages der Sozialstation Rastede gGmbH
3. Entwurf der Neufassung der Geschäftsordnung der Sozialstation Rastede gGmbH
4. Entwurf des geänderten Gesellschaftsvertrages der Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland
5. Entwurf der Neufassung der Geschäftsordnung der Sozialstation Nordenham-Butjadingen-Stadland

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/083

freigegeben am 05.05.2009

Personal

Sachbearbeiter/in: Herr Matthias Wolf

Datum: 05.05.2009

Änderung der Verwaltungskostensatzung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	27.10.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

- Die Satzung der Gemeinde Rastede zur Änderung der Satzung der Gemeinde Rastede über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis vom 10.12.2001 wird im Kostentarif (§ 2) gemäß der beigegeführten Anlage geändert.
- § 11 Abs.1 (Inkrafttreten) der Satzung der Gemeinde Rastede über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis vom 10.12.2001 wird wie folgt geändert: „(1) Diese Satzung tritt nach Ablauf des Tages der Bekanntmachung im Verkündungsblatt in Kraft.“

Sach- und Rechtslage:

Die derzeit gültige Satzung der Gemeinde Rastede über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung) ist letztmalig am 10.12.2001 geändert worden. Schwerpunktmäßig handelte es sich hierbei um eine formalrechtliche Anpassung der jeweiligen Kostentatbestände an die neuen Betragsgrößen, die sich aus der Einführung der Eurowährung ergaben. Eine Erhöhung der seinerzeit in D-Mark ausgewiesenen Kostentarife wurde damit ausdrücklich nicht verbunden. Für die betragsmäßige Umrechnung ist ausnahmslos der Euroindexwert zur Anwendung gekommen, was sich in der derzeitigen Fassung des Kostentarifes insbesondere in ungeraden Gebührengößen zeigt.

Nachdem die Verwaltung mittlerweile über einen mehrjährigen Zeitraum praktische Erfahrungswerte mit dem Regelungswerk sammeln konnte, ergibt sich in mehrerlei Hinsicht eine Überarbeitungsbedürftigkeit der Kostentarife. Dies betrifft in besonderem Maße die für die Gebührenerhebung in Teilen geänderten Bemessungsgrundlagen, die, soweit praktisch umsetzbar und dem Gebot einer aufwandsgerechten Gebührenstellung entsprechend, inhaltlich entzerrt werden sollen. Dies drückt sich vordergründig in zahlenmäßig abgerundeten und

damit griffigeren Beträgen aus. Nicht kausal aufwandsbezogene Kostentarife, die auf den sog. „Wert des Gegenstandes i. S. des § 4 Abs. 4 Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz (NKAG) i. V. m. § 3 Abs. 2 zweiter Halbsatz Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) als Bemessungsgrundlage abstellen, sind einer eher aufwandsbezogenen Betrachtungsweise gewichen, was sich im Endeffekt in vergrößerten Staffeln ausdrückt. Dies betrifft beispielhaft die im Bereich der Vermögensverwaltung geltenden Gebührenpauschalen sowie nach Pauschalwerten bemessende Gebühren für Entwässerungsgenehmigungen.

Zusammenfassend betrachtet ergeben sich aus dem angepassten Kostentarif Veränderungen nur auf Detailebene. Weder sind inhaltlicher Grundaufbau des Kostentarifs noch die - sowieso rechtlich nur eingeschränkt zur Disposition stehenden - Bemessungsgrößen für die Gebührenhöhen betroffen. Letztere orientieren sich auch zukünftig weiterhin an Pauschalwerten (z. B. Druck-/Kopiekosten) und / oder an in Stundensätzen zu bemessenden Personalkostenaufwendungen. Nur somit lassen sich das erforderliche Maß an Anwendungspraktikabilität /-sicherheit für die Sachbearbeiter einerseits und das gebührenrechtliche Äquivalenzprinzip als Bemessungsfaktor andererseits sachgerecht in Einklang bringen.

Soweit der Kostentarif materielle Veränderungen in Form von gebührenmäßigen Erhöhungen vorsieht, sind diese schwerpunktmäßig vor dem Hintergrund des inflationären Ausgleichs zu sehen. Dabei folgen die ausgewiesenen Kostentarife bzw. Gebühren- und Auslagentatbestände so weit wie möglich den Kostenvorschriften des Landes (hier: Regelungen des NVwKostG sowie die aufgrund dessen erlassene Allgemeine Gebührenordnung). Hintergrund ist, dass von den hier vorgesehenen Gebühren- und Auslagensätzen im Interesse der Übereinstimmung mit den Verwaltungskosten im übertragenen Wirkungskreis möglichst nur dann (im eigenen Wirkungskreis) abgewichen werden soll, wenn die tatsächliche Kostensituation dies erfordert bzw. gebietet.

Im Regelfall sind insoweit allgemein anfallende (statische) und behördenübergreifend grundsätzlich gleich hoch zu veranschlagende Kostentatbestände (z. B. Kopien, Abschriften u. ä.) vor Ort nicht abweichend von der Allgemeinen Gebührenordnung (AllGO) zum NVwKostG, die dezidierte Gebührengrößen vorsieht, zu regeln.

Ergänzend ist hinzuzufügen, dass der zur Beschlussfassung vorliegende Kostentarif neben der AllGO inhaltlich den vom Landkreis Ammerland entworfenen Richtlinienatzkatalog für die kreisangehörigen Gemeinden aufgreift. Dieses Regelwerk spezifiziert Teilbereiche der AllGO bzw. fokussiert im Besonderen kommunale Aufgabeninhalte bzw. Kostenbereiche. Weiterhin dient es im Interesse einer ammerlandweit stringenten Gebührenbemessung als Hilfsmittel für rechtliche Auslegungsschwierigkeiten.

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten können nur für die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen erhoben werden. Hier ergaben sich in den letzten Jahren höchst unterschiedliche und keiner statistischen Verlässlichkeit unterliegenden „Fallzahlen“, sodass eine gesicherte Prognose auf Vergleichsbasis nicht darstellbar ist.

Anlagen:

Kostentarif zur Verwaltungskostensatzung.

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2009/148

freigegeben am 25.08.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Berger, Moritz

Datum: 25.08.2009

Haushalt 2008 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	08.09.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben des gesamten Haushaltsjahres 2008 in Höhe von jeweils unter 5.000,00 Euro.

Sach- und Rechtslage:

In der Anlage befinden sich die über- und außerplanmäßigen Ausgaben aus dem gesamten Haushaltsjahr 2008, welche die Zuständigkeitsgrenze von 5.000,00 Euro nicht erreicht haben (Zuständigkeit Bürgermeister). Gemäß Ratsbeschluss vom 19.09.2001 wird der Rat hiermit im Rahmen der Arbeiten für die Jahresrechnung 2008 unterrichtet.

Bei den über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt ist eine Deckung der Beträge durch verschiedene Haushaltsstellen im Haushaltsjahr (Minderausgaben oder Mehreinnahmen) vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Übersicht über die über- und außerplanmäßigen Ausgaben aus dem Haushaltsjahr 2008 unter 5.000,00 Euro.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/142

freigegeben am 10.08.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 10.08.2009

Darlehensaufnahme aus der KSBK

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	18.08.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Aufnahme der nachstehenden Darlehen aus der Kreisschulbaukasse wird zugestimmt.

Maßnahme	Darlehen KSBK	Investitionszuschuss nachrichtlich
GS Hahn-Lehmden Durchführung von Brandschutz- u. Elektro- arbeiten	103.300 €	
GS Kleibrok Sanierung von zwei Klassenräumen und An- bringung von Sonnenschutz	5.000 €	
KGS Rastede, Gebäude Wilhelm- straße/Feldbreite Anlegung eines zweiten Rettungsweges und Durchführung von Brandschutzmaßnahmen	97.200 €	97.200 €
Schule am Voßbarg Einrichtung einer Küche mit Essraum	2.300 €	2.300 €
Hallenbad Rastede Sanierung des Umkleidebereiches, der Duschen und WC-Anlagen im Hallenbad Rastede		
Hallenbad	96.200 €	44.300 €
Betriebsvorrichtung	16.800 €	7.700 €
Turnhalle Feldbreite Durchführung von Sanierungsmaßnahmen	500.000 €	
Insgesamt:	820.800 €	151.500 €

Die Darlehen sind zinslos und in 20 Jahre zurückzuzahlen.

Sach- und Rechtslage:

Der Landkreis Ammerland hat für sechs Maßnahmen zinslose Darlehen aus der Kreisschulbaukasse bis zu einer Höhe von insgesamt 820.800 € gewährt. Eine endgültige Festsetzung der Höhe des jeweils tatsächlich gewährten Darlehens erfolgt durch den Landkreis Ammerland nach Vorlage eines Verwendungsnachweises.

Für die Maßnahmen wurden auch zum Teil Investitionszuschüsse (nachrichtlich im Beschlussvorschlag aufgeführt) bewilligt. Die Investitionszuschüsse können entsprechend dem Baufortschritt abgerufen werden. Die Investitionszuschüsse werden in der Anlagenbuchhaltung gemäß den Abschreibungsrichtlinien im gleichen Zeitraum wie das geförderte Anlagegut abgeschrieben.

Die Darlehen sind dagegen ab dem Jahr nach der Auszahlung mit 5 v. H. der ursprünglichen Darlehenssumme (20 Jahresraten) zu tilgen. Aufgrund des Liquiditätsengpasses der Kreisschulbaukasse wird sich die Auszahlung der Darlehen bis zum Jahre 2010 verzögern.

Finanzielle Auswirkungen:

Nach Auszahlung des Gesamtbetrages der Darlehen im Jahre 2010 in Höhe von insgesamt 820.800 € ist ab dem Jahr 2011 mit einer Tilgungssteigerung in Höhe von 41.040 € jährlich zu rechnen.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2009/201**

freigegeben am 06.11.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 06.11.2009**Kreditrichtlinie für die Gemeinde Rastede****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	24.11.2009	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	01.12.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

Die „Richtlinie der Gemeinde Rastede für die Aufnahme von Krediten und zur Umschuldung von Krediten nach § 92 Abs. Satz 2 NGO“ wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Am 27.02.07 hat der Rat der Gemeinde eine Kreditrichtlinie beschlossen (2006/222). Der Beschluss war erforderlich, weil die NGO den Erlass einer solchen Richtlinie vorschreibt.

Es hat sich im Rahmen der Rechnungsprüfung herausgestellt, dass die Richtlinie einerseits zwar den rechtlichen Anforderung genügt, aber andererseits nicht so konkrete Vorgaben für die Verwaltung enthält, dass je Haushaltsjahr auf einen gesonderten Ermächtigungsbeschluss für die Aufnahme von Krediten je Haushaltsjahr verzichtet werden könnte. Außerdem kann die Gelegenheit genutzt werden, die Richtlinie den Regelungen des neuen Haushaltsrechts anzupassen.

In der Anlage ist der neue Richtlinienentwurf beigefügt. Der Text spricht für sich und bedarf deshalb keiner weiteren besonderen Erläuterung. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Richtlinie für die Kreditvergabepraxis grundsätzlich keine Änderungen gegenüber der bisherigen Aufnahmepraxis enthält.

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

Kreditrichtlinie

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/199

freigegeben am 05.11.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 05.11.2009

Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung "Märkte" in der Gemeinde Rastede ab 2010 mit Blick auf die Ergebnisse 2006 bis 2008 und Kalkulation 2009

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	24.11.2009	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	01.12.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Das Ergebnis der Kostenrechnung 2006 bis 2008 wird zur Kenntnis genommen.
2. Das entstandene Defizit aus dem Jahre 2006 wird nicht ausgeglichen.
3. Die entstandenen Überschüsse aus den Jahren 2007 und 2008 werden nicht fortgeschrieben.
4. Der Gebührensatz wird für das Jahr 2010 nicht verändert.
5. Die öffentliche Interessenquote für die öffentliche Einrichtung Wochenmarkt wird nicht geändert.

Sach- und Rechtslage:

Allgemein:

Die Gemeinde Rastede betreibt eine öffentliche Einrichtung Märkte. Zu dieser öffentlichen Einrichtung gehören die Bereiche Wochenmarkt, Frühjahrsmarkt und sonstige Märkte. Für die Teilnahme am Wochenmarkt werden auf Grundlage einer Satzung Gebühren festgesetzt. Eine solche Satzung besteht für den Frühjahrsmarkt und die „Sonstigen Märkte“ nicht, da diese Märkte zwischenzeitlich privatisiert wurden.

Am 27.02.2007 wurde vom Rat eine Gebühr für den Wochenmarkt für drei Jahre (2007 bis 2009) in Höhe von 1,60 € pro angefangenen Meter Frontlänge je Marktbesuch festgesetzt. Ab 2010 ist eine neue Gebühr zu kalkulieren. Grundlage für die Kalkulation sind die Ergebnisse 2006 bis 2008 sowie die Kalkulation für 2009.

Ergebnis der Kostenrechnungen 2006 bis 2008:

Wie aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich, schließt die Kostenrechnung 2006 unter Berücksichtigung einer öffentlichen Interessenquote von 20 % - wie erwartet - mit einem Defizit ab. Laut Ratsbeschluss vom 27.02.2007 ist das Defizit in Höhe von 1.352,13 € nicht auszugleichen.

2006	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich öffentl. Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten
		32,74 %	20%	80%
Kosten	22.223,89 €	7.275,19 €	4.444,78 €	17.779,11 €
Einnahmen	16.426,98 €	0,00 €	0,00 €	16.426,98 €
	-5.796,91 €	7.275,19 €	4.444,78 €	-1.352,13 €

Nach der im Jahre 2007 beschlossenen Gebührenerhöhung von 30 Cent auf 1,60 € pro lfd. Meter Marktstand und der Berücksichtigung des 20 %igen öffentlichen Interesses wurde ein rechnerischer Überschuss in Höhe von 1.621,16 € erwirtschaftet.

2007	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich öffentl. Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten
	Ergebnis	32,08 %	20%	80%
Kosten	21.123,56 €	6.776,39 €	4.224,71 €	16.898,85 €
Einnahmen	18.520,01 €	0,00 €	0,00 €	18.520,01 €
	-2.603,55 €	6.776,39 €	4.224,71 €	1.621,16 €

Der rechnerische Überschuss für 2008 beträgt 3.242,85 €

2008	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich öffentl. Interesse	verbleiben gebühren- relevante Kosten
	Kalkulation	42,97 %	20%	80%
Kosten	19.834,04 €	8.522,48 €	3.966,81 €	15.867,23 €
Einnahmen	19.110,08 €	0,00 €	0,00 €	19.110,08 €
	-723,96 €	8.522,48 €	3.966,81 €	3.242,85 €

Entwicklung der Kosten für die Abhaltung des Wochenmarktes im Einzelnen:

Aufwendungen

	Kalkulation	Ergebnis		
	2006	2006	2007	2008
Frischwasser	1,80 €	1,80 €	1,80 €	1,80 €
Abwassergebühren	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Stromkosten	650,00 €	1.109,49 €	969,80 €	1.486,45 €
Heizkosten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Abfallbeseitigung	7.000,00 €	6.722,69 €	6.351,53 €	3.950,37 €
Straßenreinigung	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Grundsteuer	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Miete Marktplatz	5.200,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Bekanntmachungskosten	300,00 €	51,12 €	54,76 €	120,49 €
Regiekosten/ Umlage	6.500,00 €	7.275,19 €	6.776,39 €	8.522,48 €
Personalkosten der Verwaltung/ direkte Buchung	6.000,00 €	5.932,25 €	3.473,15 €	3.724,28 €
Personalkosten der Verwaltung/ Umlagen Löhne		42,35 €	2.389,68 €	897,87 €
Anteilige Kosten „Öffentliche Toilette“	1.045,98 €	1.088,99 €	1.106,45 €	1.130,29 €
insgesamt:	26.697,78 €	22.223,89 €	21.123,56 €	19.834,04 €

Bei der Entwicklung der einzelnen Kostenpositionen fällt auf, dass die Stromkosten von Jahr zu Jahr schwanken. Obwohl zum 01.07.2007 die MWST von 16 % auf 19% angehoben wurde, fällt der Stromverbrauch im Jahre 2007 niedriger aus. Im Jahre 2008 wurde mehr Strom von den Wochenmarktbetreibern verbraucht und zusätzlich hat die EWE den Strompreis angehoben. Worin die Gründe für die Stromverbrauerschwankungen liegen, lässt sich nicht ergründen, möglich sind aber die Fahrzeug abhängigen Strombedarfe.

Die Reinigung des Marktplatzes wurde immer durch den gemeindeeigenen Bauhof durchgeführt, obwohl in der Satzung geregelt ist: „Der Standplatz ist nach Marktschluss zu säubern und in einem ordentlichen Zustand zu verlassen.“ Mit dieser Regelung war davon ausgegangen worden, zusätzliche Reinigungskosten der Gemeinde zu vermeiden.

Mitte des Jahres 2007 wurden alle Marktbezieher nochmals auf die Satzungsregelung aufmerksam gemacht mit der Bitte, den Standplatz nach dem Wochenmarktbetrieb sauber zu verlassen. Aus diesem Grund wurde den Marktbeziehern für die Abfallbeseitigung ein Container auf dem Marktplatz zur Verfügung gestellt. Es hat sich herausgestellt, dass die Marktbezieher der Satzungsregelung nicht voll nachkommen und somit Kosten für eine anschließende Reinigung des Marktplatzes durch den Bauhof weiterhin anfallen.

Die Kosten konnten zwischenzeitlich durch Optimierungen im Bereich des Bauhofes von 6.351,53 € auf 3.950,37 € gesenkt werden.

Die Bekanntmachungskosten sind von Jahr zu Jahr unterschiedlich hoch, da im Voraus nicht zu erkennen ist, wie oft der Marktbetrieb auf einen anderen Platz umgelegt werden muss, weil am Wochenmarkttag auf dem Marktplatz eine andere Veranstaltung stattfindet.

Zu den Regiekosten siehe Ausführungen unter Kalkulation 2009.

Unter den Personalkosten wurden zum einen die Personalkosten der Verwaltung, die sich direkt der Kostenstelle Wochenmarkt zuordnen lassen, und zum anderen die Personalkosten, die durch eine Umlage errechnet werden, gebucht. Bei den Personalkosten haben sich im Ergebnis 2006 und 2007 keine gravierenden Änderungen ergeben. Durch Verringerung der Arbeitszeitanteile im Jahre 2007 und Anpassung der Ansätze im Jahre 2008 konnten im Budget „Wochenmarkt“ die Personalkosten im Ergebnis 2008 gegenüber dem Ergebnis 2007 um 1.240,68 € verringert werden.

	Kalkulation 2006	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ergebnis 2008
Personalkosten - direkte Buchung	6.000,00 €	5.932,25 €	3.473,15 €	3.724,28 €
Personalkosten - Umlagen Löhne		42,35 €	2.389,68 €	897,87 €
insgesamt:	6.000,00 €	5.974,60 €	5.862,83 €	4.622,15 €

Bei den anteiligen Kosten für die Benutzung der „Öffentlichen Toilette“ auf dem Marktplatz gibt es keine gravierenden Veränderungen.

Erträge

	Kalkulation 2006	Ergebnis		
		2006	2007	2008
Benutzungsgebühren	13.300,00	14.176,50 €	16.505,80 €	16.417,60 €
Erstattung von Verwaltungsausgaben	1.700,00	2.250,48 €	1.917,54 €	2.692,48 €
insgesamt:	15.000,00	16.426,98 €	18.423,34 €	19.110,08 €

Ab 2007 sind die Gebühreneinnahmen gestiegen. Diese Mehreinnahmen sind auf die Gebührenerhöhung ab 01.01.2007 zurück zu führen. Bei der Erstattung von Verwaltungsausgaben handelt es sich um Stromkosten, die die Marktbezieher je nach Verbrauch der Gemeinde erstatten.

Kalkulation 2009

Da davon auszugehen ist, dass der Wochenmarkt in gleicher Art und Weise betrieben wird wie in den Vorjahren, ist die Gebührenkalkulation 2009 die Grundlage für die Gebührenfestsetzung in den Folgejahren. Auf die wesentlichen Veränderungen wird im nachstehenden Text näher eingegangen.

Aufwendungen	Kalkulation 2009
Frischwasser	1,80 €
Stromkosten	1.200,00 €
Abfallbeseitigung	3.750,00 €
Kosten für die Verlegung Marktplatz (vorher bei den Abfallbeseitigungskosten eingerechnet)	300,00 €
Bekanntmachungskosten	150,00 €
Regiekosten	11.389,20 €
Personalkosten	4.984,00 €
Anteil Kosten Öffentliche. Toilette	1.100,00 €
insgesamt:	22.875,00 €

Erträge	
Benutzungsgebühren	16.500,00 €
Erstattung von Verwaltungsausgaben	2.100,00 €
insgesamt:	18.600,00 €
kalkuliertes Defizit	-4.275,00 €
abzüglich 20 % öffentliches. Interesse	4.575,00 €
rechnerischer Überschuss	300,00 €

Die Position der Kosten für die Verlegung des Marktplatzes war bisher bei den Abfallbeseitigungskosten als „Sachkosten“ eingerechnet, denn der Bauhof stellt unter anderem Kosten für notwendige Absperrungen in Rechnung, wenn der Wochenmarkt verlegt werden muss.

Die Personalkosten und Abfallbeseitigungskosten konnten ab dem Jahre 2008 gesenkt werden. Die Umstellung auf das neue Haushaltsrecht (Doppik) ab 2009 führt jedoch zu einer anderen Belastung bei den Regiekosten. Die Planungskosten 2009 für die Regieprodukte Gemeindeorgane, Gleichstellung, Finanzverwaltung, Personalangelegenheiten und Organisation werden nach verschiedenen Verteilungsschlüsseln auf alle anderen Produkte umgelegt, somit auch auf das Produkt „Wochenmarkt“. Die Regiekosten in einer Höhe von 11.389,20 € betragen - wie in der untenstehenden Tabelle nachrichtlich aufgeführt – rund die Hälfte der Gesamtkosten. Dieses vor 2009 praktizierte Berechnungsverfahren für Regiekosten war nicht „gerecht“, weil Einsparungen bei den Produkten zu Belastungen bei anderen Produkten geführt haben. Die Verteilung der Regiekosten ab 2009 ist erfolgsunabhängig und damit neutral. Große Schwankungen bei den Regiekosten müssten damit zukünftig ausbleiben.

Kalkulation	Gesamtkosten	Regiekosten	abzüglich	verbleiben gebühren-
2009		(nachrichtlich)	öffentl. Interesse	relevante Kosten
		49,79 %	20%	80%
Kosten	22.875,00 €	11.389,20 €	4.575,00 €	18.300,00 €
Einnahmen	18.600,00 €	0,00 €	0,00 €	18.600,00 €
	-4.275,00 €	11.389,20 €	4.575,00 €	300,00 €

Die kalkulierten Einnahmen in Höhe von 18.600 € setzen sich aus den Erstattungsbeträgen für Strom in Höhe von 2.100 € und Benutzungsgebühren in Höhe von 16.500 € zusammen. Mehreinnahmen können erzielt werden, wenn einige Marktbezieher den Wochenmarkt nach einem nicht so strengen Winter früher besuchen. Mit Mindereinnahmen muss nach einem strengen Winter gerechnet werden.

Bei Gegenüberstellung der Aufwendungen und Erträge kann eine vollständige Kostendeckung nicht erreicht werden. Die Deckungslücke beträgt 20 % der Aufwendungen und entspricht damit recht genau der festgesetzten öffentlichen Interessenquote von 20%.

Gebührenfestsetzung für 2010

Bekanntlich hat die Gemeinde Rastede im Jahr 2009 aufgrund der neuen Vorschriften des Gemeindehaushaltsrechtes das Finanzverfahren umgestellt. Aufgrund der fehlenden Erfahrung und der absehbaren Korrekturnotwendigkeiten sollte zunächst das Ergebnis des zweiten Haushaltsjahres im Doppikverfahren abgewartet werden. Die Ergebnisse dürften dann genauer sein, als dies zurzeit der Fall ist.

In diesem Zusammenhang wird dann aber auch zu prüfen sein, ob und inwieweit die öffentliche Interessenquote nach wie vorberechtigt ist. Der Wochenmarkt erfreut sich ausgesprochen großer Beliebtheit und das nicht nur bei den Kunden, sondern insbesondere auch bei den Anbietern. Wenn aber ein Nachfrageüberhang bei der Vergabe von Wochenmarktplätzen besteht, muss eine öffentliche Interessensquote, die ja gerade Versorgungslücken im Auge hat, eben nicht mehr gerechtfertigt sein.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage

Anlagen:

Keine

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/202

freigegeben am 09.11.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 09.11.2009

Festsetzung von Gebührensätzen im Bereich der Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	24.11.2009	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	01.12.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung der Gemeinde Rastede wird dahingehend geändert und beschlossen, dass für die Kosten rechnenden Einrichtungen „zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung“ und „Straßenreinigung“ fortgeschriebene Gebührensätze ab 2010 festgelegt werden:

1. Gebührensatz für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt je cbm Abwasser 2,55 €

2. Gebührensätze für die dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung

- a) aus Hauskläranlagen je cbm eingesammelten Abwasser/Fäkalschlamms 63,00 €
- b) aus abflusslosen Gruben je cbm eingesammelten Abwassers/Fäkalschlamms 52,50 €

3. Gebührensatz für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung

Der Gebührensatz für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung beträgt 13,50 €

Sach- und Rechtslage:**Zentrale Abwasserbeseitigung**

Der fortgeschriebene kalkulierte Überschuss in der Nachkalkulation 2008 zum 31.12.2008 beträgt insgesamt 434.640,31 € Zum 01.01.2009 wurde die Gebühr für die Abwasserbe-

seitigung Schmutzwasser nach Jahren von 2,60 € auf 2,55 € gesenkt. Durch die Senkung des Gebührensatzes wird sich der voraussichtlich kalkulierte Überschuss zum 31.12.2009 um 65.838,36 € auf insgesamt 368.801,95 € verringern. Auch im Jahre 2010 wird der restliche Überschuss noch nicht voll abgebaut werden können. Der Gebührensatz sollte deshalb unverändert bleiben.

Dezentrale Abwasserbeseitigung

Die Gebührensätze wurden für Hauskläranlagen und für abflusslose Gruben ab 2005 bis 2007 insgesamt um 20 € angehoben, um das kumulierte Defizit der vergangenen Jahre nicht noch weiter ansteigen zu lassen. Diese Gebührenerhöhungen haben dazu geführt, das kumulierte Defizit mit einem Höchststand im Jahre 2004 mit 23.077,72 € bis zum 31.12.2007 (Ergebnis der Kostenrechnung 2007) auf 13.120,13 € sinken zu lassen.

In der Nachkalkulation 2008 konnte das bis zum 31.12.2007 aufgelaufene Defizit in Höhe von 13.120,13 € rechnerisch um einen Betrag in Höhe von 6.115,87 € auf insgesamt 7.009,82 € verringert werden und die Gebührenberechnung 2009 weist rechnerisch zum 31.12.2009 ein fortgeschriebenes Defizit in Höhe von nur noch 670,48 € aus.

Bei gleich bleibendem Gebührensatz wird davon ausgegangen, dass im Jahre 2010 auch das restliche Defizit abgebaut werden kann. Es ist vertretbar, die Gebührensätze 2010 unverändert zu lassen.

Straßenreinigung

Unter Berücksichtigung eines rechnerisch nachkalkulierten Überschusses zum 31.12.2008 in Höhe von 9.225,19 € wurde die Straßenreinigungsgebühr 2009 auf 11,80 € festgesetzt. Der gesamte Überschuss wurde dem Gebührenzahler somit im Jahre 2009 zurückgegeben. Grund dieser Entscheidung war, dass im Jahre 2009 für die Zeit ab 2010 eine erneute Ausschreibung der Straßenreinigung vorgenommen werden sollte und sich durch die Neuregelung der Straßenreinigung möglicherweise der Kreis der Gebührenschuldner ändert.

Eine Neuregelung der Straßenreinigung ab 2010 wurde noch nicht entworfen. Demzufolge wird eine Ausschreibung über die Straßenreinigungskosten ab 2010 nicht durchgeführt und der laufende Vertrag mit der Straßenreinigungsfirma wird um ein weiteres Jahr verlängert. Ob die Straßenreinigung ab 2011 bezüglich der Art und des Umfangs neu geregelt wird, bleibt abzuwarten.

In der Gebührenkalkulation für 2009 wurde ein Gebührensatz – ohne Berücksichtigung des kalkulierten Überschusses aus 2008 – in Höhe von 14,11 € kalkuliert. Da das tatsächliche Ergebnis 2008 und die Nachkalkulation 2009 noch nicht vorliegt und der Gebührensatz der letzten Jahre (2006 bis 2008) konstant 13,50 € betragen hat, wird vorgeschlagen auch für das Jahr 2010 den Gebührensatz auf 13,50 € festzusetzen. Die Fortgeltung des Gebührensatzes von 11,80 € würde ein Defizit aufbauen, was vermieden werden sollte.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/203

freigegeben am 11.11.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 09.11.2009

Gebührensatzsatzung 2010 für die öffentlichen Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	24.11.2009	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	01.12.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage 1 zur Vorlage 2009/203 beigelegte Satzung über die Festsetzung der Gebührensätze 2010 für die öffentliche zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser und über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Gemeinde Rastede wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die Erläuterungen zu den Gebührensätzen ist der Vorlage 2009/202 zu entnehmen.

Finanzielle Auswirkungen:

entfällt

Anlagen:

Gebührensatzsatzung 2010

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2009/188**

freigegeben am 14.10.2009

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 14.10.2009**Jahresabschluss 2008 des optimierten Regiebetriebes Bauhof Rastede****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	03.11.2009	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	01.12.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Jahresabschluss 2008 wird mit einer Bilanzsumme von 1.031.044,38 € und einem Jahresüberschuss von 20.039,48 € festgestellt. Der Überschuss wird zur Tilgung des Darlehns verwendet.

Sach- und Rechtslage:

Die Wirtschaftsprüfer Zink & Partner GBR, Oldenburg, hat den Jahresabschluss 2008 für den optimierten Regiebetrieb Bauhof Rastede erstellt.

Der Prüfungsbericht beinhaltet folgende Prüfungsbemerkung:

"Der Jahresabschluss des "Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede", Rastede, wurde von uns auf Grundlage der uns vorgelegten Bücher und Bestandsnachweise sowie der erteilten Auskünfte erstellt und der Lagebericht auf Plausibilität beurteilt. Die Buchführung und das Inventar haben wir auf ihre Plausibilität beurteilt. Dabei sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses sprechen."

Der Jahresabschluss ergibt folgendes Ergebnis:

1. Ergebnis zum 31.12.2008 – Umsatzsumme 1.031.044,38 € Vorjahr 1.267.153,44 €
2. G+V-Rechnung für das Wirtschaftsjahr 2009 – Jahresüberschuss 20.039,48 € Vorjahr 89.797,03 €

Der geringere Überschuss gegenüber dem Jahr 2007 begründet sich durch eine hohe Zahl von krankheitsbedingten Ausfalltagen.

Gemäß § 11 der Einrichtungsverordnung für kaufmännisch geführte Unternehmen ist über die Verwendung der erwirtschafteten Überschüsse ein Beschluss erforderlich.

Es ist vorgesehen den Überschuss 2008 zur Tilgung des letzten Darlehns zu verwenden. Eine Vorfälligkeitsentschädigung ist nicht zu leisten.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Darstellung in den Anlagen.

Anlagen:

Anlage 1 – Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2008

Anlage 2 – Bilanz zum 31.12.2008

Anlage 3 – Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2008

Anlage 4 – Erläuterungen zur Bilanz

Anlage 5 – Lagebericht für das Geschäftsjahr 2008

Anlage 6 – Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz zum 31.12.2008

Anlage 7 – Rechtliche Grundlagen

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2009/173

freigegeben am 25.09.2009

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Frank Dudek

Datum: 25.09.2009

Haushalt 2007 - Beschluss über die Jahresrechnung / Entlastung des Bürgermeisters

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	03.11.2009	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	01.12.2009	Verwaltungsausschuss
Ö	15.12.2009	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007 wird mit einem Ergebnis in der Einnahme und in der Ausgabe i. H. v. jeweils 38.201.509,53 Euro beschlossen.
2. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2007 Entlastung erteilt.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß § 100 Abs. 3 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO – in der derzeit gültigen Fassung i. V. m. dem Beschluss des Rates vom 21.02.2006 zur Einführung des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts) stellt der Bürgermeister als Hauptverwaltungsbeamter die Vollständigkeit und Richtigkeit der Jahresrechnung fest.

Die Jahresrechnung wird zusammen mit dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Jahresrechnung 2007 und der Stellungnahme des Bürgermeisters zum Prüfungsbericht dem Rat vorgelegt. Der Rat beschließt gemäß § 101 Abs. 1 S. 1 NGO über die Jahresrechnung und entscheidet zugleich über die Entlastung des Bürgermeisters. Die wichtigsten Ergebnisse der Jahresrechnung 2007 können dem als Anlage beigefügten Rechenschaftsbericht entnommen werden.

Die Jahresrechnung ist nebst Anlagen dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Ammerland zur Prüfung vorgelegt worden. Die einzelnen Prüfbemerkungen sind dem anliegenden Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007 zu entnehmen. Auch die verwaltungsseitige Stellungnahme zum Prüfbericht ist als Anlage beigefügt.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass sich hinsichtlich der Prüfung der Jahresrechnung 2006 keine Gründe ergeben haben, die der vorgeschlagenen Beschlussfassung über die Jahresrechnung sowie der Entlastung des Bürgermeisters als Hauptverwaltungsbeamten durch den Rat der Gemeinde Rastede gemäß § 101 Abs. 1 NGO entgegenstehen.

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

- Anlage 1: Bescheinigung Vollständigkeit
- Anlage 2: Rechenschaftsbericht
- Anlage 3: Prüfbericht RPA
- Anlage 4: Stellungnahme zum Prüfbericht